

10. 11. 1918

Ad

Die Kürzung der Mehlquote.

Von sachmännischer Seite.

Die Bevölkerung hofft, daß die Kürzung der Mehlquote, welche diese Woche erfolgte, nur eine Maßnahme von ganz vorübergehendem Bestande sein werde. Erklärt wurde die Verfügung als eine Folge der Transportkrise. Das wäre die günstigere Lösung, denn sie würde bedeuten, daß die zur Honorierung der vollen Kopfquote erforderlichen Mengen von Getreide zur Verfügung der Regierung stehen, so daß nach Überwinden der durch die ungeheuren Schneefälle hervorgerufenen Verkehrsstörungen das alte Regime uneingeschränkt wieder in seine Rechte treten könne. Verschiedene Anzeichen lassen allerdings die Befürchtung nicht ausgeschlossen erscheinen, daß es sich nicht bloß um Schwierigkeiten in der Zufuhr handelt, jedenfalls nicht ausschließlich um solche.

Gestern und heute haben im Ernährungsamt Beratungen stattgefunden, die sich mit den weiteren Maßnahmen beschäftigten, die in Angelegenheit der Getreideversorgung zu ergreifen sind. Es waren die Vertreter aller Kronländer zugezogen, und es drehte sich bei der Beratung um prinzipielle, die ganze Monarchie betreffende Fragen. Die Getreideaufbringung steht in einem unlöslichen Zusammenhange mit dem Getreidekonsum der Selbstverbraucher. Es ist gewiß, daß die bäuerliche Bevölkerung seit jeher unter anderen Lebensbedingungen gelebt, gearbeitet und sich ernährt hat, als die großstädtische oder die industrielle Bevölkerung. Der Krieg hat aber an vielen Gewohnheiten gerüttelt, seit Generationen bestandene Einrichtungen auf den Kopf gestellt, und es ist nicht angängig, im vierten Kriegsjahre den Verbrauch der Selbstversorger aus dem Gesichtspunkte zu beurteilen, wie sich einst die Verpflegung des Bauern und der ländlichen Arbeiter gestaltet hat. Der immer tiefer werdende Gegensatz, der sich zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zeigt, zwischen mehr industriellen und den rein agrarischen Gebietsteilen, beruht auf der Wahrnehmung, daß die Erzeuger der Bodenprodukte nicht nur eine höhere Kopfquote zugestanden erhielten als die städtische Bevölkerung, sondern vielfach darüber hinaus noch sowohl für ihre Person verzehren als auch trotz aller Verbote verfüttern. Unterstützt wird dieses Vorgehen durch die kleinen Mühlen, über die ja in den Debatte, betreffend die Ernährungsfrage, schon so oft und so viel die Rede war. Der Betrieb einer Großmühle kann von den Organen der Staatsverwaltung restlos kontrolliert werden und dort sind Hinterziehungen von Brotfrüchten nicht leicht möglich. Anders steht es um die kleinen Bauernmühlen, die zur Zeit der Requisition gewissermaßen als Depot für die hinterzogenen Brotfrüchte dienen, die dann nach durchgeführter Hauszählung in vermahlenem oder unvermahlenem Zustand wieder den Weg zurück zum Besitzer finden. In diesen kleinen Bauernmühlen wird das Getreide vermahlen, das den Schleichhandel alimentiert, und wären diese Mühlen außer Betrieb, so wären auch dem Schleichhandel seine wichtigsten Zufuhrquellen gesperrt. Nicht in allen Bezirken herrschen, wie gleichfalls schon oft hervorgehoben wurde, die gleichen Verhältnisse, und die eben jetzt wieder von czechischer Seite stark angefeindeten Ausführungen des Herrenhausmitgliedes Abtes Hellmer haben deutlich gezeigt, um welche Bezirkshauptmannschaften es sich handelt, die in den Getreideanlieferungen so stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, die man auf Grund der Ernteschätzungen mit Recht hegen konnte.

Diese Fragen werden um so dringender, als sich immer mehr zeigt, daß die Hoffnungen auf Zuschübe aus Rumänien fast auf Null herabzusetzen sind, daß die Politik des ungarischen Ernährungsministeriums sehr verlangsamend und verringern auf die Zufuhren aus Ungarn einwirkt und daß wir uns demnach für die restlichen sieben Monate des laufenden Erntejahres auf eigene Füße stellen, auf die eigene Kraft verlassen müssen. Schon voriges Jahr herrschten ähnliche Verhältnisse und haben dann zu Requisitionen von einer Schärfe geführt, die von der bäuerlichen Bevölkerung sehr hart empfunden wurde. Sie mußten so scharf sein, weil sie sehr spät vorgenommen wurden und Gefahr im Verzuge war. Sie müßten heuer noch schärfer werden, wenn sie nicht früher und rechtzeitig angeleitet werden.

Die Wiener Gemeindevertretung wird in den nächsten Tagen zu dieser hochwichtigen Frage Stellung nehmen. Sie wird neuerlich und mit allem Nachdruck die Anlegung einer eisernen Reserve fordern, die in den Zeiten großer Transportkrisen über den Augenblick hinweghelfen muß. Sie wird aber auch nachdrücklichst Einspruch dagegen erheben müssen, daß die Kürzung der Mehlquote auf die Hälfte eine dauernde Einrichtung werde. So wie die bäuerliche Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade eine Ausnahmstellung für sich in Anspruch nehmen kann, dürfen dies auch die Einwohner der Zweimillionenstadt. Um wie vieles steht hier die Kartoffelquote hinter der von Berlin zurück. Die Obst- und Gemüsekrise ist zu oft erörtert worden, um hier neuerlich ausführlich besprochen zu werden. Nicht einmal das längst verheißene Sauerkraut ist noch vorhanden, wo wir bereits Mitte Januar schreiben. Da wird eine dauernde Kürzung der Mehlquote, selbst wenn andere Mahlprodukte als Ersatz geboten werden, schmerzlich empfunden. Die Einbrennsuppe, die jetzt das wichtigste Gericht auf dem Tisch der breiten Massen der Bevölkerung geworden ist, kann ohne Mehl nicht hergestellt werden und mit der halben Mehlquote ist man außerstande, täglich eine solche Suppe zu bereiten, die neben dem dünnen Kriekaskaffee die

einzig warme Mahlzeit der ärmeren Schichten bildet. In einem so ungewöhnlich harten Winter bei der verschwindend geringen Menge Kohlen, die dem Haushalte zur Verfügung steht, muß wenigstens das sichergestellt sein.

Die Beratungen, die jetzt im Ernährungsamt stattfinden, sind daher von der größten Bedeutung und ihrem Ergebnis wird in allen Bevölkerungskreisen mit dem gespanntesten Interesse entgegengegesehen.

Die Stellungnahme der Gemeinde Wien.

In einer für gestern anberaumten Sitzung des Vorstandes der bürgerlich-freiwirtschaftlichen Gemeinderäte wurde gegen die in dieser Woche eingetretene Kürzung der Mehlquote heftig protestiert. Der Vorsitzende Stadtrat Dr. Wein vertrat, daß diese Kürzung der Mehlquote, abgesehen von Verjammnissen im Inlande, auf welche er schon bei der Konferenz der Wiener Abgeordneten hingewiesen habe, insbesondere darauf zurückzuführen sei, daß die Anlieferungen aus Ungarn äußerst gering sind und hinter den gegebenen Zusicherungen und gegangenen Erwartungen weit zurückbleiben. Graf Wiza habe im Auslande der nationalen Arbeitspartei erklärt, daß der gegenwärtigen ungarischen Regierung eine bessere Ernte zur Verfügung stände, als seinem Ministerium. Trotzdem nimmt der ungarische Ernährungsminister eine dilatorische Haltung ein, inwiefern er erklärt, er könne Oesterreich erst dann versorgen, wenn der Bedarf Ungarns und der militärische Bedarf sichergestellt sei. Eine Angelegenheit von solcher außerordentlicher Dringlichkeit, wie die Brot- und Mehlversorgung der Reichshauptstadt mit ihren mehr als 2 Millionen Einwohnern vermag aber keine dilatorische Behandlung. Die Bevölkerung Wiens kann sich nicht mitten im Erntejahr mit ihrem Bedarf an Brot und Mehl auf den feinerzeitigen Abschluß der ernährungsstatistischen Studien des ungarischen Ernährungsministers verlassen lassen. Eine dauernde Verkürzung der Mehlquote könnte die Bevölkerung Wiens unter keinen Umständen ertragen.

Der Obmann wurde beauftragt, an den Bürgermeister das Ersuchen zu stellen, in dieser Angelegenheit dem Gemeinderat zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Auf Anregung des Gemeinderates Lohner ermächtigte der Verband seine Delegierten im Bezirkswirtschaftsrat, die Gemeinderäte Eder, Lohner und Dr. Löwenstein, aus dem Bezirkswirtschaftsrat auszutreten, weil diese Körperschaft unter den gegebenen Umständen vollständig wertlos sei und jedes Einflusses entbehre.